Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 15

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ganzen Wirtschaft schweren Schaden zufügte.

Hier muss noch erwähnt werden, dass auch der Genossenschaftshandwerker oft mit privaten Aufträgen einen schönen, wenn auch verbotenen Nebenverdienst macht. Dies war in den letzten Jahren vor allem in der UdSSR der Fall. Aber seit einem Jahr wird hier mit schärfsten Massnahmen wiederum durchgegriffen, zum mindesten dort, wo es sich um grössere Summen handelt. Etliche Todesurteile in Extremfällen (es hat kaufmännisch tüchtige Leute gegeben, die mit ihrem Nebenverdienst im Laufe der Jahre auf Millionen alte Rubel kamen) sollen die private Profitgier wieder eindämmen.

Genossenschaften

Wie immer es um den privaten Handwerker je nach Land und Entwicklungsstadium bestellt sein mag, muss doch das Genossenschaftsmitglied als typischer Handwerker im kommunistischen System betrachtet werden. Prinzipiell werden zwei Arten von Kooperativen unterschieden: die Branchengenossenschaften (beispielsweise für Schneider, Schuhmacher usw.) finden sich vorwiegend in städtischen Verhältnissen und sind in Grossstädten die Regel. Die «Genossenschaftskombinate» dagegen umfassen Handwerker jeder Art und stellen die normale Lösung auf dem Lande dar.

An sich haben die Mitglieder solcher Kollektive den privaten Handwerkern gegenüber etliche Vorteile, von denen zwei hauptsächlich ins Gewicht fallen: Einmal sind die Steuern pro Mitglied gering angesetzt und werden direkt von der Genossenschaft bezahlt (mit Lohnabzügen). Dann stehen die Leistungen der Sozialversicherungen gegen tief gehaltene Prämien zur Verfügung. Zumeist handelt es sich nur um eine geringfügige nominelle Summe, die in Form des Mitgliedbeitrages an die Gewerkschaft entrichtet wird.

Die Gewerkschaften, wie auch die andern gesellschaftlichen Organisationen (in erster Linie Partei und Jugendverband) werden aus Genossenschaftsmitteln finanziert. Die Unkosten sind überhaupt der Grund, weshalb die Kollektivmitglieder trotz der oben angeführten Vorteile schlecht gestellt sind.

Die Administrationskosten sind so hoch, dass sie einen sehr erheblichen Teil des Einkommens aufzehren. Die Genossenschaften müssen nicht nur ihre eigene Verwaltung bezahlen, sondern die übergeordneten Verbände auf Bezirks-, Stadt- und Gebietsebene, endlich auch den zentralen Verbandsapparat. Der ganze bürokratische Aufbau kostet viel und trägt wenig ein. Dazu kommt, dass der Staat die Gewerbegenossenschaften der staatlichen Industrie gegenüber vernachlässigt, so dass die Einrichtung in der Regel veraltet ist und schlecht funktioniert. So arbeiten meistens etwa 20 Handwerkermeister in einem relativ kleinen Raum. Auch sie haben, wie alle Berufstätigen im kommunistischen System, ihre vorgeschriebenen Arbeitsnormen zu erfüllen. Die Produktions- und Finanzpläne werden von der Mitgliederversammlung auf Grund eines «Orientierungsindexes» des Rayonsowjets angenommen und von der gleichen Behörde bestätigt. Die Planerfüllung wird nicht nur durch die Genossenschaftshierarchie von unten nach oben kontrolliert, sondern auch durch staatliche Organe: durch die Lokal-, Bezirks- und Gebietssowjets, durch Aemter des Leichtindustrieministeriums und durch die Staatsbankfilialen.

Was der Genossenschaft an Reineinkommen übrigbleibt, wird auf die Mitgliedschaft nach Leistungsschlüssel verteilt. Das ist meist so wenig, dass der einzelne darauf angewiesen ist, nebenher auf Privatkonto zu arbeiten, wenn er einigermassen anständig leben will. Rohmaterial und Arbeitsinstrumente leiht er sich bei der Genossenschaft. Das wird im Prinzip (und oft auch im Einzelfall, um ein Exempel zu statuieren) als Diebstahl am gemeinschaftlichen Eigentum geahndet, doch führt der Genossenschaftshandwerker im grossen und ganzen einen ähnlichen halbwegs erfolgreichen Kampf um seinen Nebenverdienst wie der Kolchosbauer um seine Nebenwirtschaft.

Hält sich der kollektivierte Handwerker strikte an die genossenschaftlichen Einkünfte, so ist er trotz seiner Spezialausbildung materiell schlechter gestellt als der Industriearbeiter.

Die Verstaatlichung

der Handwerkergenossenschaften ist bis zu einem gewissen Grade durch die vielfältige staatliche Beaufsichtigung und Einmischung bereits in die Wege geleitet. Die eigentliche Umwandlung von Kooperativen in Staatsbetriebe ist dagegen nur in der Sowjetunion und ihrem fortschrittlichsten Statelliten, der Tschechoslowakei, im Gange. In der Moldau ist dieser Prozess durch einen Beschluss von Partei-Zentralkomitee und Ministerrat empfohlen worden. In Weissrussland wurden die Musterstatuten für Handwerkergenossenschaften mit besonderer Rücksicht auf ihre «Annäherung an die staatliche Industrie» erlassen. In Kasachstan besteht seit eineinhalb Jahren sogar ein «Ministerium für Lokalindustrie» mit der ausdrücklichen Aufgabe, die Genossenschaften zu verwalten, die der staatlichen Industrie einverleibt werden sollen.

Allgemein geht der Verstaatlichungsprozess im Handwerksektor langsamer vor sich als in der Landwirtschaft, wo die Sowchosen bereits eine sehr erhebliche Rolle spielen. Er findet aber dennoch statt. Zeitgebundene Liberalisierungen (die übrigens heute fast überall langsam rückgängig gemacht werden) können nicht über die Grundtendenz hinwegtäuschen. Vollkommunismus, wann immer er eintritt, bedeutet das Ende des Handwerkerstandes.

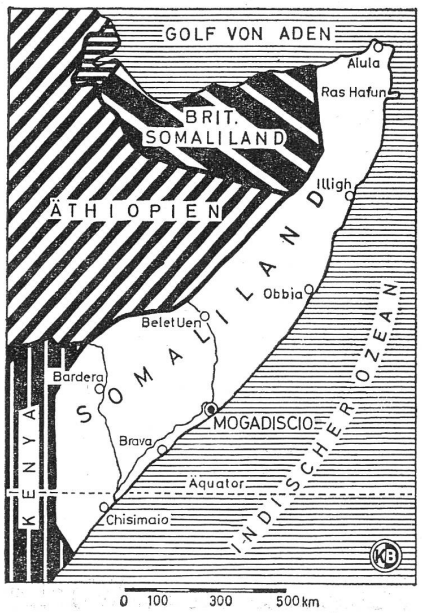
Agitation

Somalia

Brückenkopf der Revolution

Somalia ist von den kommunistischen Mächten als Brückenkopf der Revolution in Ostafrika vorgesehen. China und der Sowjetblock rivalisieren um den Einfluss in der jungen Republik, die im Sommer 1960 aus dem ehemaligen italienisch verwalteten Uno-Treuhandgebiet und dem ehemaligen Britisch-Somaliland gebildet wurde. Wichtiger Drahtzieher in der kommunistischen Agitation ist die italienische KP, welche mit ihren Vertrauensleuten das politische Parteileben im Lande zu infiltrieren sucht. Die Sowjetunion und die Tschechoslowakei übernehmen weitgehend die Ausbildung junger Somalistudenten, von denen bereits über 500 in kommunistischen Staaten auf ihre Rolle als Parteiaktivisten vorbereitet werden. Die chinesische Propaganda drängt auf bewaffnete revolutionäre Erhebung und findet bei vielen Kommunisten starken Anklang, einschliesslich solcher, die in Prag oder Moskau geschult wurden.

Eine offizielle KP gibt es in Somalia nicht. Aber eine Partei, die «Grosse Somali-Liga» (GSL) ist weitgehend durch die



Kommunisten infiltriert worden. Parteichef Yusuf Osman Samater (auch unter dem Namen Bardaat bekannt) und die meisten Mitglieder der Parteiführung sind von der italienischen KP herangebildet worden. Die GSL entstand als dissidente Gruppe der «Jugendliga», der Partei des heutigen Staatspräsidenten Aden Abdullah Osman. Seine gemässigte Linie wird jetzt von der GSL erbittert bekämpft, deren offizielle Politik «neutralistisch» ist.

Vor einigen Monaten hat die GSL von der Sowjetunion gut 200 000 Franken als Unterstützung bekommen. Bardaat verlangte von der Sowjetbotschaft überdies Waffen, doch wurde ihm bedeutet, dazu sei es «noch zu früh».

An sich müsste Somalia für die kommunistische Agitation relativ dürren Boden darstellen. Der Kampf um die nationale Unabhängigkeit, dessen Unterstützung die Agitation jeweils immer als Exklusivität des «sozialistischen Lagers» darzustellen versucht, ist beendet. Die Ausnützung von rassischen (Somali-Stämme machen fast die ganze Einwohnerschaft von zwei Millionen aus) oder religiösen (zu fast 100 Prozent Mohammedaner) Gegensätzen fällt dahin. Klassenkämpferische Aspekte ergeben sich ebenfalls kaum, da es keine eigentliche Klassenstruktur gibt. (Ein grosser Teil der Bevölkerung lebt nomadisch; die Wirtschaft ist von der ausländischen Hilfe abhängig.)

Gegenwärtig scheinen sich die kommunistischen Bemühungen in der Hauptsache auf die Schürung der Stammes-Gegensätze zu konzentrieren. Als potentielle Verbündete werden namentlich die Stämme der Region Magertenia (wo auch

die GSL zur Hauptsache ihre Angehörigen rekrutiert) und des Distriktes Kalkaayo betrachtet.

In der nigerischen Zeitung «Daily Nation» (Lagos) veröffentlichte kürzlich ein abgesprungener kommunistischer Somali-Agent einen Bericht über seine Ausbildung in der Tschechoslowakei. Er war bei seinen Studien in Grossbritannien als Mitglied der KP geworben worden und erhielt anschliessend ein Stipendium nach Prag. Sein Rechtsstudium dort umfasste vor allem die Anwendung der marxistisch-leninistischen Prinzipien auf Afrika, was nicht weiter verwundert und mit ähnlichen Aussagen übereinstimmt. Interessant ist aber seine Erklärung, rund 80 Prozent der in der CSSR studierenden Afrikaner hätten eine pro-chinesische Einstellung. Sie gründe sich vor allem darauf, dass die Chinesen im Unterschied zu den europäischen Kommunisten keinerlei Tendenzen zu Rassendiskrimination hätten. Allerdings verliess der Gewährsmann der «Daily Nation», Mahdi Ismail Ahmed, die CSSR im Sommer 1961, also vor der letzten Verschärfung der Spannungen zwischen Peking und Sowjetblock. Zu dieser Zeit scheint die chinesische Propaganda unter den afrikanischen Studenten in den europäischen Statellitenstaaten äusserst intensiv gewesen zu sein. Der Somali-Student selbst erklärt, seinerzeit «mehr prochinesisch als prokommunistisch» gewesen zu sein: «Die Chinesen sprachen von der Befreiung Afrikas, die Tschechen vom Handel mit Afrika.»

Curriculum der Woche

ADEN ABDULLAH OSMAN

Geboren 1908 in Beledwein. Verbringt seine Kindheit in Armut, findet aber 1922 einen italienischen Gönner, der ihm einige Bildung vermittelt. 1929 tritt Aden in die italienische Verwaltung ein, wo er bis 1941 als Angestellter arbeitet. Darnach eröffnet er in Beledwein ein eigenes Geschäft. Seine politische Karriere beginnt 1944 mit einem Eintritt in die «Somali-Jugendliga», die 1943 in Italienisch Somaliland als Unabhängigkeitsbewegung gegründet worden war und mit dem Eintreffen der Briten während des Krieges als Partei legalisiert wurde. (Ziel der Jugendliga war die Vereinigung aller Somali-Territorien [britisch, italienisch, französisch] die Aufhebung der Stammesstruktur und die Durchführung umfassender Sozialreformen.)

Innerhalb der Jugendliga wird Aden zum Verfechter der Zusammenarbeit mit der italienischen Verwaltung im Rahmen der Uno-Treuhänderschaft, wogegen ein anderer Flügel unter Leitung von Haji Mohammed Hussein keinerlei zeitliche Konzessionen will.

Aden wird 1954 Präsident der Jugendliga und behält die Parteiführung bis 1956, als er nach den Wahlen Präsident der Legislativversammlung des Landes wird. Im gleichen Jahr tritt Hussein aus der Partei aus und gründet mit seinen Anhängern die «Grosse Somali-Liga», die jetzt stark von kommunistischen Agenten unterwandert ist. Im Juli 1960 wird Aden Erster Präsident der neuen Republik.

Mahdi Ismail Ahmed überwarf sich mit dem Kommunismus, als man ihm anlässlich eines kurzen Aufenthaltes in Moskau die Notwendigkeit auseinandersetzte, den Hass zwischen den Stämmen in seiner Heimat zu entfachen. Wieder in Prag entschloss er sich zur Fortsetzung seiner Studien im Westen, gleichzeitig mit sechs weiteren Kommilitonen seines Landes. Die tschechischen Behörden verhinderten allerdings ihre gemeinsame Ausreise und verwiesen dafür die unbotmässigen Studenten wegen «schlechten Benehmens» einzeln des Landes.

In Mogadiscio, der Hauptstadt Somalias, sind im März dieses Jahres mit sowjetischer Unterstützung Russisch-Kurse an der dortigen Hochschule eröffnet worden. Die «Iswestija» vermerkt ein «grosses Interesse in allen Schichten der Bevölkerung».

Produktion

Sowjetunion

Reifen rollen schlecht

Wenn ein Produktionsverfahren innerhalb eines Jahres 80mal abgeändert wird, wie das in der sowjetischen Autoreifenindustrie zum Teil der Fall war, ist das selbst für die fortschrittlichste Erzeugung etwas zu viel.

Die Sowjetunion erzeugt jährlich zirka 19 Millionen Autoreifen, deren Qualität aber von den zuständigen Behörden als mangelhaft bezeichnet wird. Die durchschnittliche Laufzeit der Reifen beträgt 35 000 bis 40 000 Kilometer, was ungenügend sei.

Ferner wird für je 1000 Laufkilometer zwei- bis dreimal mehr Kautschuk, Kordgewebe und anderes Material verwendet als im Ausland. Auch die Tatsache wirkt sich ungünstig aus, dass im vergangenen Jahr z. B. in einer Reifenfabrik das Produktionsverfahren 80mal abgeändert wurde; ferner weisen die zugelieferten Rohstoffe keine einheitliche Qualität auf, und auch ihre Auslieferung erfolgt nicht termingerecht, weshalb die Fliessbänder laufend abgestellt werden müssen. Als Grund dieser Missstände wird das falsche Prämiierungssystem angegeben, das nur die Mengenproduktion berücksichtigt, weshalb die Fabriken für die qualitative Produktion kein Interesse haben.

Im Vorjahr erzeugte die Sowjetunion 19 Millionen Reifen, was aber bei weitem nicht ausreicht, denn wie die «Isvestija» berichtet, können «Zehntausende von Fahrzeugen» wegen dem Mangel an Reifen nicht benutzt werden. Trotzdem exportierte die UdSSR — laut polnischer Aussenhandelsstatistik — im Jahre 1960 insgesamt 34 316 komplette Autoreifen im Wert von 2,8 Millionen Zloty nach Polen, ein nicht unbedeutender Exportposten, der in der amtlichen sowjetischen Aussenhandelsstatistik immerhin nicht angeführt ist. Nur der Globalwert der ausgeführten kompletten Reifen wird in 11,3 Millionen Rubel angegeben.

Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass die UdSSR in gewissen Fällen gezwungen ist, auch solche Produkte in die übrigen Ostblockländer auszuführen, die bei ihr selbst Mangelware sind. Ferner ist aus dem Vergleich der beiden Statistiken auch die schwache Aussagekraft der östlichen Statistiken ersichtlich, denn neben den oben erwähnten Autoreifen importierte Polen auch 4664,9 Tonnen synthetischen Kautschuk aus der UdSSR, die aber in der sowjetischen Ausfuhrliste nicht aufzufinden sind. Dagegen sind 2500 Tonnen Rohgummi aus der Sowjetunion in der polnischen Einfuhrliste nicht verzeichnet.

Wirtschaft

Die Energiereserven

«Kommunismus, das ist die Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes», hatte Lenin 1920 vor dem 8. Allrussischen Sowjetkongress erklärt. Und vor dem 22. Parteitag der KPdSU im Herbst des letzten Jahres bezeichnete Chruschtschew die Elektrifizierung als das «A und O im wirtschaftlichen Aufbau der kommunistischen Gesellschaft».

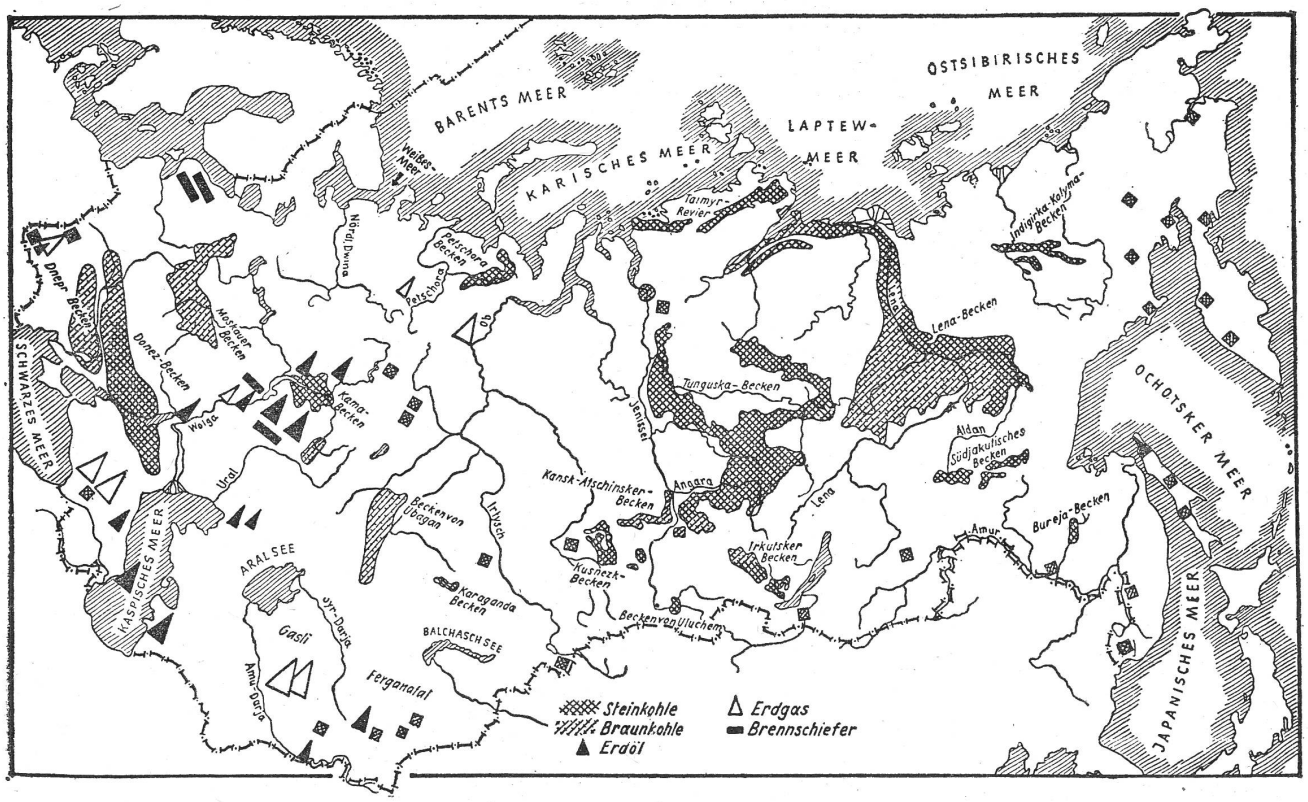
Das gleichgebliebene Leitmotiv, das scheinbar ein wirtschaftliches Teilgebiet auf inadequate Weise grundlegend mit der ideologischen Zielsetzung verbindet, ist in Wirklichkeit keineswegs abwegig und durchaus im marxistischen Denken verwurzelt. Die Elektrifizierung steht hier stellvertretend für die materielle Machtbasis, die den gesellschaftlichen «Ueberbau» des kommunistischen Staates tragen soll. Stalin verdeutlichte (Werke, Band 11, «Ueber die Industrialisierung des Landes») die These einleuchtend: «Lenin versteht unter Elektrifizierung des Landes nicht die isolierte Errichtung einzelner Elektrizitätswerke, sondern die allmähliche Ueberleitung der Wirtschaft des Landes, auch der Landwirtschaft, auf eine neue technische Grundlage, auf die technische Grundlage der modernen Grossproduktion, die auf diese oder jene Art, direkt oder indirekt, mit der Elektrifizierung verbunden ist.»

Der Ausbau der Energieversorgung spielt dementsprechend auch eine entscheidende Rolle im neuen sowjetischen Zwanzigjahresplan, das nur auf dieser Grundlage irgendwelche Aussichten hätte, annäherungsweise erfüllt zu werden. Dass der Perspektivplan seine Ziele voraussichtlich nur auf wenigen Gebieten erreichen wird, hat verschiedene gesonderte und zusammenhängende Ursachen (siehe KB Nr. 13, S. 6—7). So wird auch die bis 1980 vorgesehene Steigerung der Elektroenergie-Erzeugung um das nahezu Zehnfache (von 327 Milliarden Kilowattstunden 1961 auf drei Billionen Kilowattstunden 1980) kaum realisiert werden. Der Bau von Kraftwerken, Leitungen, Transportgelegenheiten usw. hat gegenwärtig nicht das Tempo, um eine Steigerung von solchem Ausmass erwarten zu lassen.

Aber das Wachstum des machtmässig so wichtigen Energiegesetzes ist auch ausserhalb eines planmässig abgesteckten Zeitraumes von Bedeutung. Hier stellt sich die Frage, ob das brachliegende Energiepotential überhaupt eine Entwicklung dieser Art erlaubt.

Die Frage muss eindeutig bejaht werden. Die Sowjetunion verfügt über Naturresourcen, die an sich ein solches Programm und manche noch zu folgenden Pläne rechtfertigen könnten.

Unsere Karte (Aus «Neues Deutschland» vom 17. März) zeigt die Verteilung von Bodenschätzen, die als Energieträger ausgebeutet werden können. Die Lager sind zum Teil vielleicht auf längere Zeit noch



nicht ausbeutbar (tiefe Schichten, nicht verkehrserschlossen usw.), stellen aber eine gewaltige Reserve dar. Die UdSSR besitzt einen Kohlenvorrat von rund 8670 Milliarden Tonnen, das heisst rund 58 Prozent der Weltvorkommen. Davon entfallen rund 63 Prozent auf die hochwertige Steinkohle. Die erforschten Erdgasvorräte machen mehr als 19 Trillionen Kubikmeter aus eine Trillion = 1 000 000 000 000 000 000, also eine Zahl mit 18 Nullen). Die Erdöllager umfassen nach neuesten Schätzungen gegen 28 Milliarden Tonnen, was einem Drittel des Weltanteils entspricht. Diese Bodenschätze (wozu noch Energieträger wie Torf und Brennschiefer kämen) befinden sich vor allem in den sibirischen und fernöstlichen Teilen der Union, in jenen Gebieten also, die der laufende Zwanzigjahres-Perspektivplan industriell zu erschliessen gedenkt.

Dazu kommt noch das Wasserkraftpotential, das nahezu unerschöpflich ist. Am energiereichsten sind wiederum die Ostgebiete (besonders Sibirien), deren Anteil am Gesamtpotential etwa 80 Prozent beträgt. Die energetischen Möglichkeiten des Jenissei beispielsweise sind nahezu doppelt so hoch wie das Potential aller Flüsse Frankreichs zusammengenommen. Die Angara könnte bei Vollausnützung zweieinhalbmal soviel Strom liefern wie alle Flüsse Gesamtdeutschlands zusammengenommen. Von dieser Grössenordnung ist auch die mögliche Produktionskraft der Ljena.

Die Kraftwerkbauten gehören zu den imposantesten Realisationen und Projekten der sowjetischen Wirtschaft (siehe KB Nr. 43, 1961). Die Verwirklichung aller Pläne in der vorgesehenen Zeit ist unwahrscheinlich, aber das vorhandene Naturpotential bleibt ein echter Machttrumpf.

Farbiges Fernsehen

Ende dieses Jahres beabsichtigen alle Fernsehstudios der UdSSR, mit den Probesendungen von farbigem Fernsehen zu beginnen. Moskau und Leningrad geben bereits einmal wöchentlich ein farbiges Fernsehprogramm. Der Radius der Ausstrahlung beträgt 30 bis 35 km. Alle dazu nötigen Einrichtungen werden in einer Leningrader Fabrik hergestellt.

Landwirtschaft

Ungarn

Durchkollektiviert und ...

Das Zentralkomitee der ungarischen KP fasste nach dreitägiger Sitzung den Beschluss, alle Mittel für eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung einzusetzen. Eine entsprechende Resolution wurde verabschiedet und veröffentlicht. Die Agrarproduktion Ungarns stagniert bekanntlich seit Jahren infolge einer Reihe von Kollektivierungskampagnen.

In der ZK-Resolution heisst es, dass die Kollektivierung früher als erwartet abgeschlossen werden konnte und dass nunmehr 95,5 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens von Staatsgütern und Kollektivwirtschaften bearbeitet würden.

«Eine rasche Steigerung der Produktion» sei jetzt «die wichtigste Aufgabe», stellt das ZK des weiteren fest. Sie müsse durch höhere Produktivität erreicht werden.

Die Voraussetzungen für eine Erzeugungssteigerung existierten bereits im vergangenen Jahr, wird weiter ausgeführt, und nur wegen des «ungewöhnlichen Wetters» sei es nicht zu dieser Steigerung gekommen. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass die Agrarproduktion im abgelaufenen Jahr die gleiche Höhe wie 1960 erreicht habe. Unerwähnt blieb dabei die Tatsache, dass die Produktion des Jahres 1960 bereits um sechs Prozent unter der des Jahres 1959 lag.

Das ZK fordert eine Steigerung der Agrarproduktion um nicht weniger als 9,2 Prozent in diesem Jahr. Der Agrarplan für 1961, der eine Steigerung um 8 Prozent gegenüber 1960 vorgesehen hatte, konnte nicht verwirklicht werden.

In der Resolution werden auch angemesseine Belohnungen für die Kollektivbauern besonders erwähnt.

Die ungarischen Kollektivwirtschaften haben bereits ein System der «Ertragsbeteiligung» erprobt. Dieses System besteht darin, dass die Kollektivbauern in eigener Verantwortung bestimmte Parzellen bearbeiten und an deren Ertrag beteiligt werden. Diese «Ertragsbeteiligung» hat sich als vorteilhaft erwiesen und dürfte nach Ansicht westlicher Beobachter noch ausgedehnt werden.

Restlos in Rumänien

Die letzten zwei Regionen Rumäniens wurden auch kollektiviert. In der Region Suceava bearbeiten 204 156 Bauernfamilien gemeinsam in den 376 Kollektivwirtschaften 473 183 Hektaren Boden.

In der Region Kronstadt (Brasov) sind heute 123 115 rumänische, ungarische und deutsche Bauernfamilien in 441 Kollektivwirtschaften vereint und bearbeiten gemeinsam 441 930 Hektaren Boden.

Mit diesen beiden Regionen ist nun die Kollektivierung der Landwirtschaft im ganzen Lande abgeschlossen. Die vom 3. Parteitag der RAP gewiesene Aufgabe wurde nahezu vier Jahre vor dem festgesetzten Zeitpunkt durchgeführt (auf Ende 1965 geplant).

Soziales

Ungarn

Sonntagsfahrt im Kran

Demokratie auf dem Arbeitsplatz ist im kommunistischen Staat, wenn der Arbeiter gegen Sonntagsarbeit nicht meckern darf.

Wie aus einer ungarischen Provinzzeitung hervorgeht, haben die Arbeiter einer ungarischen Aluminiumfabrik mit Arbeitsniederlegung gedroht, falls die Arbeit an Sonn- und Feiertagen nicht eingestellt würde.

Bei dem Blatt handelt es sich um «Kisalfold», die Tageszeitung für den Bezirk Gyor; die Aluminiumfabrik liegt in Mosonmagyarovar.

Das Blatt schrieb: «Die Arbeiter der Aluminiumfabrik hielten es für notwendig, eine Anordnung des Direktors zu diskutieren, nachdem, da die Maschinen ununterbrochen laufen müssen, auch an Sonn- und Feiertagen acht Stunden zu arbeiten sind. Es ist schon einzigartig, dass im Jahre 1962 noch eine besondere Anordnung des Direktors notwendig ist, um die Arbeit auch an Sonnt- und Feiertagen zu gewährleisten.»

Die Kranführer hatten angedroht, eher die Arbeit niederzulegen, als sich dieser Anordnung zu fügen. «Als sie aber feststellten, dass ihre Drohung wirkungslos blieb, hörten sie keineswegs auf zu arbeiten (was ein schwerer Strafbestand gewesen wäre), sondern fuhren fort, über die Verletzung der Demokratie im Betrieb zu reden.»

Wer verletzte denn nun wirklich die Demokratie im Betrieb, fragte das Blatt, diejenigen, die Disziplin verlangten oder diejenigen, die dagegen verstiessen?

«Die Antwort ist völlig eindeutig», erklärte die Zeitung. «Die Demokratie im Betrieb hat nichts mit Nachlässigkeit und Mangel an Disziplin und umgekehrt zu tun. Nachlässigkeit, Unordnung und Anarchie sind Begriffe, die im Gegensatz zur Demokratie stehen.»

«Kisalfold» warnte vor Leuten, die versuchten, ihre individuellen Ansichten als «Standpunkt der Mehrheit» auszugeben und der Führung aufzuzwingen und die behaupteten: «Das ist die Arbeiterstimme.»

Wirtschaftsbeziehungen

Polen

Werften für Kuba

Die Danziger Abteilung des polnischen Projektierungsunternehmens «Prozamet» arbeitet zurzeit an der Durchführung des polnisch-kubanischen Vertrages über den Bau von zwei Schiffswerften in Kuba.

Eine der beiden Werften, die in Mariel, 60 Kilometer von Havanna, errichtet wird, soll nach endgültiger Fertigstellung jährlich Schiffe mit einer Gesamttonnage von 60 000 tdw bauen können. Die Werft, die zum Teil bereits 1964 die Produktion aufnehmen soll, wird Schiffe bis 10 000 tdw bauen können. Bei den Arbeiten an den Bauprojekten haben sich Schwierigkeiten ergeben. Der Boden, auf dem die Werft gebaut werden soll, ist nicht fest, und da die aus Kuba gelieferten Ergebnisse der Untersuchung des Bodens nicht ausreichend sind, wird eine Gruppe polnischer Fachleute nach Kuba reisen müssen, um genauere Untersuchungen durchführen zu können.

Beim zweiten Objekt, an dessen Entwurf man beim «Prozamet» arbeitet, handelt es sich um eine Reparaturwerft in Havanna selbst, die jährlich Schiffe mit einer Gesamtwasserverdrängung von 105 000 BRT betreuen soll. Die Werft, die 1964 in Betrieb genommen und sich auf ein bereits bestehendes Trockendock stützen wird, soll imstande sein, Schiffe bis zu 10 000 Tonnen Tragfähigkeit zu betreuen.

Das «Prozamet»-Unternehmen führt nicht nur die Projekte für die beiden Werften aus, sondern wird auch den Bau beaufsichtigen, Maschinen und Einrichtungen liefern, sie selbst montieren und die Produktion in die Wege leiten. Ausserdem werden in Gdansk (Danzig) kubanische Werftarbeiter ausgebildet werden.

Kultur

SBZ

Ausgerichtete Puppen

Das ausgerichtete Puppentheater ist in der Sowjetzone nicht nur Symbol, sondern wörtlich zu nehmende Wirklichkeit.

Ohne Mitgliedschaft in einer soeben auf Anordnung des Sowjetzonen-Ministeriums für Kultur gebildeten «Arbeitsgemeinschaft Berufspuppentheater» darf ab 1. Januar 1963 kein Leiter eines privaten Puppentheaters mehr seine Tätigkeit ausüben.

Anträge auf Aufnahme in die «Arbeitsgemeinschaft Berufspuppentheater», die der Dienstaufsicht des Ministeriums für Kultur untersteht, müssen die Leiter privater Berufspuppentheater bis zum 30. Juni dieses Jahres stellen. Ihrem Antrag müssen sie Angaben über ihre bisherige Berufstätigkeit und «persönliche Entwicklung» beifügen sowie den Nachweis der Lizenz erteilen. Die Aufnahme in die «Arbeitsgemeinschaft Berufspuppentheater» ist vom Bestehen einer Prüfung abhängig, für die das Ministerium für Kultur in Ostberlin eine besondere Prüfungsordnung ausarbeitet.

Die Gründung der «Arbeitsgemeinschaft Berufspuppentheater» ist auf Vorstellungen der Zentralleitung der kommunistischen Pionierorganisation «Ernst Thälmann» in der Sowjetzone erfolgt.

Trotz ihrer «Entstalinisierung» hat die Mitte Februar vom Kleist-Theater Frankfurt/Oder und dem Volkstheater Halberstadt ur- bzw. erstaufgeführte Oper «Gestern an der Oder» (vorher «Wir Stalinstädter») von Josef-Adolf Weindrich (Libretto) und Jean Kurt Forest (Musik) keinen Erfolg gehabt, wie jetzt aus den Anfang März in der örtlichen Parteipresse veröffentlichten Kritiken bekannt wird.

Die künstlerische Bewältigung der Gegenwartsthematik wurde nach Ansicht des Magdeburger SED-Organes «Volksstimme» vom Publikum stark angezweifelt. Beweis: der magere Anstandsapplaus am Ende der Vorstellung.

«Tatsache ist, dass es den Eisenhüttenstädtern (und anderen Arbeitern) schwer, wenn nicht gar unmöglich wird, in den blassen, sentimentalen oder krakeelenden Schemen auf der Bühne eine Spur von sich selbst zu entdecken», schreibt der SED-Schriftsteller Preissler und er beruft sich dabei auf die Arbeiter, die ihm versichert hätten, wenn sie so gewesen wären, wie es in der Oper gezeigt wird, stünden heute weder Werk noch Stadt.

Strafrecht

Jugoslawien

«Djilas-Paragraph»

Kurz vor der erneuten Verhaftung Djilas ist das jugoslawische Strafgesetz um einen zusätzlichen Paragraphen bereichert worden, welcher dem ehemaligen Kommunistenführer und Autor des Buches «Die neue Klasse» auf den Leib zugeschnitten scheint.

Djilas wurde im Zusammenhang mit der in den USA bevorstehenden Veröffentlichung seines Buches «Gespräche mit Stalin» festgenommen. Darin berichtet er über seine im Auftrag Titos geführten Verhandlungen mit Stalin in den Jahren 1944 bis 1948.

Ende März veröffentlichte die Belgrader «Borba» in Fortsetzungen ein Interview mit Josip Hrnjcevic, Staatssekretär für Justiz in der jugoslawischen Bundesregierung. Das Interview befasste sich mit dem neuen Amnestiegesetz (siehe KB Nr. 14) und Aenderungen des Strafgesetzbuches. Demnach ist ein neuer Paragraph aufgenommen worden, nach welchem jede Person, die einer Drittperson vertrauliche Angaben oder Dokumente aushändigt oder verkauft, mit Gefängnis bis zu zehn Jahren zu bestrafen ist. Gemeint sind vertrauliche Angaben oder Dokumente, welche die betreffende Person beim Dienst für Staat oder Gesellschaft kennen lernte

Damit kann man sich ausrechnen, was Djilas im kommenden Prozess erwartet.

Wirtschaft

Ostblock

Zur Produktion 1961

Das polnische Wirtschaftsblatt «Zycie Gospodarcze» befasst sich mit den Planerfüllungen der einzelnen Ostblockstaaten und schreibt dazu:

«... Das wesentliche Merkmal der von den sozialistischen Staaten in den letzten Jahren durchgeführten Wirtschaftspläne ist die Konzentration der Anstrengungen in Richtung auf eine Strukturwandlung der Industrieproduktion. Diese Anstrengungen streben insbesondere die Vergrösserung des Anteils solcher Wirtschaftszweige, wie der Maschinenbau und die chemische Industrie an, die von entscheidendem Einfluss auf die Gestaltung des technischen Potentials der übrigen Industriezweige sind; ferner bezwecken sie die Durchführung langfristiger Pläne auf dem Gebiet der Automatisierung der Industrieproduktion und die Sättigung der Agrarwirtschaft mit moderner technischer Ausrüstung.

Die Entwicklung der Industrie:

... Zuwachs der Industrieproduktion in der UdSSR und einigen volksdemokratischen Ländern (in Prozent gegenüber dem vorangegangenen Jahr):

	1959	1960	1961
Bulgarien	24,9	13,4	10,9
CSSR	10,9	11,7	8,9
Polen	9,2	11,2	10,5
Rumänien	9,7	16,0	15,6
Ungarn	9,4	11,7	12,0
UdSSR	11,0	10,0	9,2
SBZ	12,4	8,0	6,0

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 11. April 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Ungarn beabsichtigt vielleicht die Vorrechte der Geburt mit der Zeit möglicherweise abzuschaffen, oder doch wenigstens etwas zu mässigen.

Die mögliche Auflösung der feudalistischen Ordnung, welche die Abkömmlinge von Klassenfeinden verfolgt, kündigte der Oberste Staatsanwalt der Republik, Geza Szenasi, in der juristischen Zeitschrift «Jogtudomanyi Közlöny» an. Implizite umfassten seine Ausführungen gleichzeitig das Eingeständnis vom Bestehen einer Diskrimination auf Grund der Abstammung.

So äusserte er sich zu «Aktuellen Fragen der Rechtspolitik»:

«Der Ausbau des ungarischen allvölkischen Staates ist im Gange und wird parallel mit dem Aufbau des Sozialismus durchgeführt. Mit der Ablehnung der stalinschen Klassenkampftheorie wird Ungarn bei anhaltender politischer Wachsamkeit den Staatsbürgern klassenfremder Herkunft gegenüber die Grundsätze des sozialistischen Humanismus zur Geltung bringen. Wenn sie anständig und ehrlich leben, werden sie nicht mehr zu zittern brauchen. Sie können durch ihre ehrliche Arbeit und ihr anständiges Benehmen gleichberechtigte Staatsbürger des sozialistischen Vaterlandes werden. Die Zeit ist verhälnismässig nah, da die Frage der sozialen Herkunft einer Ueberprüfung bedarf.»

Der weitere Verlauf des Artikels deutet an, dass die minderwertige Herkunft bei der Beurteilung von Delikten sich in Zukunft weniger strafverschärfend auswirken soll:

«In Zukunft wird man sich überlegen müssen, ob die Klassenzugehörigkeit als motivierender Deliktfaktor nicht nur in solchen Fällen in Betracht gezogen werden muss, wo die Strafhandlung die Wiederherstellung des alten Regimes bezweckt oder fördert, wo sich die sozialistische Entwicklung bewusst verlangsamt. Die Klassenzugehörigkeit des Täters muss aber in allen Fällen unbedingt aufgedeckt werden.»

Zur Schreckenszeit der Tscheka, nach der russischen Revolution, wurde das Todesurteil gegen einen zwölfjährigen Knaben folgendermassen begründet: «Er ist Sohn eines Generals». Kadar ist der Ansicht, dass es der fortgeschrittene «sozialistische Humanismus» vielleicht einmal gestatten werde, diese Art von Schuld nur mehr halbumfänglich anzuerkennen.

Im Uebrigen heisst es in Artikel 49, Absatz 1, der ungarischen Verfassung: «Die Bürger der Ungarischen Volksrepublik sind vor dem Gesetz gleich und geniessen die gleichen Rechte.»

Und im Friedensvertrag der alliierten Mächte mit Ungarn vom 10. Februar 1947 lautet Artikel 2:

«Ferner verpflichtet sich Ungarn, dass die in Ungarn geltenden Gesetze weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Anwendung einen Unterschied machen oder nach sich ziehen zwischen Personen ungarischer Staatsangehörigkeit auf Grund von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion der betreffenden Personen; und zwar weder in Hinsicht ihrer Person noch ihres Eigentums, ihrer Geschäftsausübung, ihrer beruflichen oder finanziellen Interessen, ihrer Rechtsstellung, ihrer politischen oder bürgerlichen Rechte, noch in irgendeiner anderen Hinsicht.»

Es ist nicht der Westen, der jetzt auf die offene Verletzung sowohl der ungarischen Verfassung als auch des Friedensvertrages hinweist, sondern der ungarische oberste Staatsanwalt in einer offiziösen Verlautbarung. Würde vielleicht die Uno-Kommission für Menschenrechte diesen Zeugen aus dem «sozialistischen Lager» gelten lassen?

Der Schnappschuss

Tirana hat ein Hilfsangebot des sowjetischen Roten Kreuzes abgewiesen. Nachdem die sowjetische Presse erst die Sammlung öffentlich mitgeteilt hatte, berichtete sie nun mit Entrüstung vom «unfreundlichen Akt» des Albanischen Roten Kreuzes. Insbesondere heisst es: «In der langjährigen Tätigkeit des Sowjetischen Roten Kreuzes ist noch nie ein Fall vorgekommen, dass irgendein Land, welches von einer Katastrophe ereilt wurde, die uneigennützige Hilfe der Sowjetunion zurückgewiesen hätte.» Ob Albanien als Mitglied des «sozialistischen Lagers» über die allgemeine Natur der uneigennützigen sowjetischen Hilfe wohl Kenntnisse hat, die sich den andern Ländern entziehen?

*

Die jugoslawische Werbung um die Emigration (siehe KB Nr. 14) wird besonders in Kroatien intensiviert. In Zagreb wird an einem «Auswandererheim» (gemeint ist damit eine Art Kulturpalast zur Pflege der Beziehungen mit den Auslandjugoslawen) gebaut, das unter anderm ein folkloristisches Musem, ein Archiv und einen Konzertsaal mit Platz für 1800 Personen beherbergen soll. Ein Forschungsinstitut soll ebenfalls angeschlossen werden. Das «Auswandererheim» wird laut «Borba» zu den wichtigsten kulturellen und künstlerischen Zentren Zagrebs gehören.

*

«Die Taxis kommen auf Telephonanruf. Man muss nur ein bisschen Geduld haben. Etwa ein Jahr lang.» So beschreibt «Trybuna Ludu» ironisch die Situation in Warschau. Die 2000 Taxis der Hauptstadt würden dem Bedarf an sich durchaus genügen. Was nicht klappt ist die Weiterleitung der telephonischen Bestellungen und die Installation von Zweiganschlüssen.

Aus der Arbeit des SOI

Heft 8 unserer Schriftenreihe über «Die Vertragstreue der Sowjetunion» ist in französischer und italienischer sowie bulgarischer und serbokroatischer Sprache erschienen.

*

Wir benötigen 5000 Neuabonnenten bis zum 1. August, um einen namhaften Beitrag von einem ungenannten Donator erhalten zu können. Stand unserer Abonnentenwerbung ab 1. Februar: 886 Neuabonnenten.

*

Im Monat März hat das SOI Referenten für 26 Anlässe vermittelt.

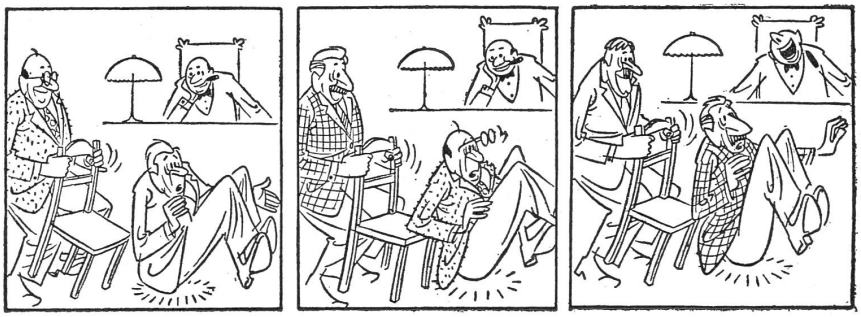
*

Am 14. April fahren die 500 Berliner Kinder, die durch LFSA und SOI einen sechswöchigen Ferienaufenthalt bei Gasteltern in der Schweiz verbringen durften, von Basel nach Westberlin zurück.

*

Die ersten Abdrucke aus unserem spanischen Dienst in südamerikanischen Zeitungen sind eingetroffen.

«Ein modernes Spiel»

nennt die in Belgrad erscheinende Zeitung «Privredni Pregled» die «gegenseitige Konkurrenz unserer Exporteure» auf den ausländischen Märkten. In einem planwirtschaftlich ausgerichteten Land ist der Konkurrenzkampf der verschiedenen Unternehmen wohl eine Sinnwidrigkeit, aber sie hängt mit dem Bestreben zusammen, die zugeteilten Planziele zu erreichen, selbst auf Kosten des Ganzen. Parallelerscheinungen in andern Wirtschaftszweigen sind in sämtlichen kommunistischen Staaten immer wieder zu beobachten. Zu ihrer Drosselung dient ein überdimensionierter bürokratischer Kontrollapparat, der für eine reibungslose Koordination besorgt sein soll. Gewöhnlich wird in den Volksdemokratien gerade der Aussenhandel als Staatsmonopol tatsächlich sehr einheitlich durchgeführt. In Jugoslawien stehen die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland ebenfalls in der Kompetenz der Bundesregierung. Für die Regelung der Aussenhandelsgeschäfte sind folgende Organe zuständig: das Aussenministerium, das Komitee für den Aussenhandel, die Jugoslawische Aussenhandelsbank und die Bundes-Aussenhandelskammer. Mit Aussenhandel befassen können sich Unternehmen, die im Aussenhandelsregister eingetragen sind.

MODERNA IGRA